

Bernd Riexinger, 14. Mai 2020

Sehr geehrte Frau/Herr Präsident/in

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir erleben den größten wirtschaftlichen Einbruch der letzten Jahrzehnte. Bereits jetzt sind die sozialen Kosten hoch. Millionen Menschen haben Lohneinbußen, vor allem die, die am wenigsten verdienen. Viele bangen um ihre Arbeitsplätze oder fürchten um ihre Existenz, während andere immer noch Dividenden in Milliardenhöhe kassieren.

Wir dürfen uns nicht die Illusion machen, dass auf den Einbruch der schnelle Aufschwung folgen wird. Wenn wir Beschäftigung sichern, das finanzielle Ausbluten der Kommunen verhindern wollen. Wenn wir Betriebsschließungen und Massenentlassungen vermeiden wollen, brauchen wir schnell ein anspruchsvolles Investitionsprogramm. Ich verstehe nicht, warum dafür nicht längst Pläne ausgearbeitet und öffentlich diskutiert werden. Dafür wird gezögert, gezaudert oder von der CDU sogar gebremst.

Wir brauchen dringend einen Schutzschirm für die Kommunen, denen die Einnahmen wegbrechen. Es ist tödlich, wenn jetzt öffentliche Investitionen zurück gefahren oder Ausschreibungen zurückgezogen werden. 36 Milliarden in diesem Jahr und 25 Milliarden im nächsten für die Kommunen ist an der richtigen Stelle investiertes Geld. Für längst fällige Investitionen in Schulen, Kitas und den Ausbau der Infrastruktur.

Es ist inzwischen hoffentlich auch in diesem Hause den meisten klar geworden, dass es falsch war, Krankenhäuser zu schließen, zu privatisieren und den Pflegenotstand herbeizusparen. Deshalb beantragen wir, dass der Bund 10 Milliarden pro Jahr in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtung investiert. Für mehr Personal, bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen. Loben und klatschen reicht nicht.

Das Falscheste wäre es, nach der Krise einfach wieder den alten Zustand herbeiführen zu wollen, so als gäbe es keine Klimakrise, keine Armut, keine Niedriglöhne, kein Auseinanderklaffen von arm und reich und keinen Notstand an bezahlbaren Wohnungen. Krise heißt auch Wendepunkt. Wir brauchen dringend eine Richtungsänderung: Hin zu sozialer Gerechtigkeit, zu nachhaltigem emissionsfreien Wirtschaften, zu gerechter Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir brauchen einen sozial-ökologischen Systemwechsel, einen linken Green New Deal, der die Menschen nicht vor die Entscheidung stellt: Verliere ich meinen Arbeitsplatz oder verlieren meine Kinder ihre Zukunft.

Deshalb wollen wir eine nachhaltige Verkehrswende, den Ausbau des ÖPNV, der Bahn, der Fahrradwege. Für Klimaschutz und sichere Arbeitsplätze. Wir brauchen einen Industriefonds, der die sozial-ökologische Transformation unterstützt.

Kurzum wir wollen ein Investitionsprogramm, das sozial, nachhaltig und gerecht ist. Was wir nicht brauchen sind staatliche Hilfen für Konzerne, die Dividende auszahlen. Was wir nicht brauchen, sind Hilfen für Unternehmen, die keine Tarifverträge kennen, Arbeitsplätze abbauen und die Mitbestimmung mit Füßen treten.

Keine Frage: Dieses ambitionierte und mutige Investitionsprogramm kostet Geld. Doch wer jetzt an Investitionen spart, wird das später teuer bezahlen: mit Stagnation, Arbeitslosigkeit, klammen Kommunen. Und wäre es nicht höchste Zeit, dass die zur Finanzierung herangezogen werden, die die letzten Jahrzehnte unermesslichen Reichtum angesammelt haben? Für viele von Ihnen ist das unvorstellbar radikal, für uns ist das eine Selbstverständlichkeit.